

2021/J XXI.GP
Eingelangt am: 01 03 2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Mag Terezija Stoitsits, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Einsparungen durch die Auflassung der Bezirksgerichte

Im Zuge der Verwaltungsreform und der Budgeteinsparungen wurden von Seiten des Justizressorts Pläne zur Auflassung der Bezirksgerichte und Installierung von Beratungsstellen entwickelt. Im Sinne eines erleichterten Rechtszuganges und der Beibehaltung regionaler Strukturen wurde dieses Vorhaben von verschiedenen Seiten (Bürgermeister, Landeshauptleute, Abg. z. NR Dr. Krüger) kritisch beurteilt.

Insgesamt erhebt sich die Frage einer Abwägung der politischen Prioritäten zwischen möglichen Einsparungen und dem erschwerten Zugang zum Recht für die Bevölkerung der ländlichen Regionen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Wieviele Bezirksgerichte sind in Österreich von Ihren Plänen betroffen (Aufschlüsselung nach Bundesländern)?
2. Wieviele Bezirksgerichte werden im Durchschnitt (Aufschlüsselung nach Bundesländern) von einem Richter betreut?
3. Wie hoch ist der Personalaufwand für die Bezirksgerichte derzeit (aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Dienstposten)?
4. Wie hoch ist der Sachaufwand derzeit (aufgeschlüsselt nach Bundesländern)?
5. Wie hoch ist in Zukunft der Aufwand für die Mieten der Bezirksgerichte?
6. Welche Pläne bestehen Ihrerseits für die zukünftige Verwendung der Räumlichkeiten der Bezirksgerichte?
7. Mit welchen Kosten (Räumlichkeiten, Infrastruktur, etc.) ist zu rechnen, wenn bisherige „kleine Bezirksgerichte“ nach der Auflassung anderer Bezirksgerichte ausgebaut und vergrößert werden sollen?
8. Wie hoch schätzen Sie das Einsparungspotenzial bei Auflassung der Bezirksgerichte (Personalkosten nach Dienstposten, Sachaufwand, Miete)?

9. Wer soll Ihres Erachtens die KonsumentInnenberatung, die von Ihrer Seite als Ersatz für die Auffassung der Bezirksgerichte vorgeschlagen wird, vornehmen?
10. In welchem zeitlichen Aufwand soll die Beratung erfolgen?
11. Wie kann vor Ort durch eine Person eine All - round - KonsumentInnenberatung gewährleistet werden?
12. Wie hoch werden die damit verbundenen Kosten geschätzt?
13. Auf welche Weise soll in Zukunft der rechtsstaatlich wertvolle direkte „Zugang zum Recht“ auch regional garantiert sein? In welcher Weise wird Personen ohne PKW der Weg zum nächsten Gericht erleichtert?